

RM Borkenstein erklärt, dass er einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen möchte. Weiter führt er aus, dass die SPD-FDP-Gruppe den Antrag der CDU-Fraktion für entbehrlich hält und er dies begründen möchte.

Der Wert eines solchen Beschlusses sei nach Ansicht seiner Gruppe so klein und die angebliche Beruhigung der Eltern und der Kinder aus Sillenstede und der anderen Schulstandorte in Schortens so minimal, dass sie diesen Antrag nicht unterstützen könne.

Man könne den Antrag heute beschließen und in drei Monaten könnte er aus finanziellen Gründen wieder zurückgenommen werden. Er habe also keinen Wert.

Er unterstreicht - insbesondere auch an die anwesenden Bürger/-innen aus Sillenstede gerichtet -, dass es in Schortens keine politische Kraft gibt, die an Schulstandorten und damit auch an Kindertagesstätten-Standorten rütteln wolle. Die Zahlen und Statistiken würden für sieben Schulstandorte in der Stadt sprechen und dabei werde es auch bleiben. Die SPD habe in ihrem Wahlprogramm 2011 die klare Aussage gemacht, dass kein Schulstandort geschlossen werde und dabei werde es auch bleiben.

Schon Anfang des Jahres als seine Gruppe bemerkt habe, dass es Kräfte in der Stadt und auch im Rat gibt, die Unruhe verbreiten wollten, sei sie mit ihrem Standpunkt an die Öffentlichkeit gegangen und habe ihre Grundhaltung noch einmal vertreten. Er versichert, dass es keine Schließung geben wird. Der Respekt vor der Nds. Kommunalverfassung und vor dem Stadtrat verbiete es seiner Gruppe, solche Spielchen mitzumachen.

Auf Nachfrage des RM Homfeldt bestätigt RM Borkenstein, dass es sich bei dem Antrag der SPD-FDP-Gruppe um einen Antrag zur Geschäftsordnung handelt.

RM Homfeldt entgegnet, dass RM Borkenstein nicht gesagt habe, dass es sich um einen Antrag auf Nichtbefassung handelt.

RM Borkenstein erwidert, dass er dies eingangs gesagt habe und erklärt, dass seine Gruppe einen Antrag auf Nichtbefassung des Tagesordnungspunktes stellt.

Aus seiner Sicht, so RM Borkenstein, sei es nicht nötig, alle paar Wochen neue Themen aufzugreifen. Heute seien es die Schulen und die Kindertagesstätten, in denen Stimmung verbreitet werde und dann sage, man rette sie durch einen Antrag, in vier Wochen werde möglicherweise ein Antrag zur Erhaltung des Bürgerhauses gestellt und in acht Wochen ein Antrag auf Verzicht auf die Schließung der Stadtbücherei usw. Diese Spielchen, so RM Borkenstein, müsse man in Schortens wirklich nicht spielen.

Inzwischen würden Anträge, so RM Borkenstein, ohne und unabhängig vom Sinn des Inhaltes nach Laune und Tagesform des Antragstellers gestellt werden. Mal werde eine außerordentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses beantragt, dann werde diese Sitzung bzw. der Antrag drei Tage später widerrufen. Dann werde die Errichtung eines Grundschulzentrums in der Beethovenstraße vorgeschlagen und kurz darauf gesagt, man wolle keinen Schulstandort schließen. Dies sei für ihn unverständlich.

RM Homfeldt verweist auf die auf eine Minute begrenzte Redezeit für eine Antragsbegründung auf Nichtbefassung.

RM Borkenstein entgegnet, dass dies nicht zutreffend sei. Für ihn stelle sich die Frage, warum die Ratsmitglieder nicht alle gemeinsam in Ruhe bis zum Sommer 2016 im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schortens arbeiten. Es gebe noch viel zu tun, so RM Borkenstein, und der bitte die Ratsmitglieder darum, diese Dinge anzupacken und in Ruhe und ohne Polemik zu versuchen, das Beste für die Stadt zu erreichen.

RM Sudholz ist über die Aussage des RM Borkenstein irritiert und verweist auf einen Artikel aus dem Jeverschen Wochenblatt, in dem sich RM Borkenstein zusammen mit Herrn Kasig für die SPD positioniert habe:

„Für die SPD-Fraktion sollte ein Sanierungsplan für die städtischen Liegenschaften aufgestellt werden. Wir werden 2015/16 nicht alles realisieren können sagte Borkenstein. In diesem Zusammenhang ging er kurz auf die bestehende Grundschullandschaft ein, die sich verändern werde. Borkenstein benutzte das Adjektiv schmerzhaft. Man müsse kein Prophet sein, nicht alle Grundschulstandorte würden erhalten bleiben, auch wenn er nicht den Empfehlungen des Zukunftsprozesses vorgreifen wolle.“

An RM Borkenstein gerichtet führt sie aus, dass sie dies einfach auf ihn wirken lasse. Vielleicht überdenke er den Begriff „Unruhe“ noch einmal ein bisschen genauer. Die CDU habe sich tatsächlich sehr geärgert. Sehr darüber geärgert, so RM Sudholz, dass die Ergebnisse aus dem Stadtentwicklungsprozess...

RV Fischer unterbricht RM Sudholz und weist sie darauf hin, dass es sich um einen Antrag auf Nichtbefassung handelt und sie das Recht hat, eine Gegenrede mit einer Dauer von einer Minute zu halten.

RM Sudholz erklärt, dass sie bei der einen Minute noch nicht ganz angelangt war. Da dem Ratsmitglied Borkenstein die Zeit eingeräumt worden sei, bitte auch Sie, diese Zeit in Anspruch nehmen zu dürfen.

RV Fischer erteilt RM Sudholz die Zustimmung, ihren Redebeitrag fortzuführen.

RM Sudholz teilt mit, dass sich die CDU sehr darüber ärgert, dass die Ergebnisse aus dem Stadtentwicklungsprozess nicht ernst genommen werden. Denn das Ergebnis sei, dass alle Grundschulstandorte erhalten bleiben sollen. Sie betont, dass es sich hierbei um ein sehr gutes Ergebnis handelt.

Auch habe sich ihre Fraktion über die Äußerung der Verwaltung, dass die Fassung von Grundsatzbeschlüssen „Augenwischerei“ sei, geärgert. Nach Meinung ihrer Fraktion werde damit die Ernsthaftigkeit und die Wertigkeit der Debatte über die Schulstandorte abgewertet und in Frage gestellt.

Ferner habe sich die CDU über die Bereitschaft der SPD geärgert, die Schulbezirke zu ändern und damit weitere Wege für die Kinder in Kauf zu nehmen, gleichzeitig aber nicht bereit sei, grünes Licht für den Grundsatzbeschluss zu geben und stattdessen die Entscheidung auf den nächsten Stadtrat schiebe. Sie bittet die Ratsmitglieder der SPD, sich so ehrlich zu machen, wenn sie die Verantwortung nicht übernehmen wollen. Es gehe tatsächlich nicht darum, was die CDU will.

RV Fischer unterbricht RM Sudholz nochmals mit Verweis auf die Geschäftsordnung des Rates und erklärt, dass gleich eine Abstimmung über die Nichtbefassung erfolgen wird. Da der Rat nach der Geschäftsordnung verfahren müsse, könne jetzt keine Debatte über das Für und Wider dieses Tagesordnungspunktes eröffnet werden.

RM Sudholz entgegnet, dass Herr Borkenstein ihres Erachtens deutlich länger geredet hat und sie ihren Beitrag gern zu Ende fassen möchte, es handele sich nur um zwei, drei Minuten.

RM Borkenstein weist darauf hin, dass gemäß der Geschäftsordnung des Rates derjenige, der den Antrag gestellt hat, das Recht hat, diesen eine Minute zu begründen. Ein Antrag zur

Geschäftsordnung jedoch könne 30 Minuten begründet werden. Er bittet den Bürgermeister um rechtliche Klärung.

BM Böhling führt aus, dass gemäß der vom Rat beschlossenen Geschäftsordnung der/die Antragsteller/-in eines Geschäftsordnungsantrages, der heute von RM Borkenstein im Namen der SPD-FDP-Gruppe gestellt wurde, seinen Antrag begründen darf und hierfür kein Zeitlimit vorgesehen ist.

Ferner regelt die Geschäftsordnung des Rates, dass ein/eine Antragsteller/-in, heute die CDU-Fraktion, die Möglichkeit hat, den Antrag maximal eine Minute zu begründen.

Anschließend lässt RV Fischer über den Antrag der SPD-FDP-Gruppe auf Nichtbefassung abstimmen.

Dem Antrag wird bei 22 Ja-Stimmen und 10 Gegenstimmen zugestimmt.